

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Redaktion: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Abonnementpreise: Einzelheft monatlich 2000.— M., durch die Post monatlich 2000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 600.— M., Einzelnummer 80.— M., Sonnabendnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Briefkastenzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 4spaltige Komparatzeile 200.— M., auswärts 250.— M., die 3spaltige Komparatzeile 150.— M., auswärts 200.— M., Ausland 1800 u. 5000 P. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechselgeb. 60 P.

Nr. 28

Dresden, Freitag den 2. Februar 1923

34. Jahrg.

Gegen die Kohlen Sperre

Das französische Diktum

Paris, 2. Februar. Die am Mittwoch übergebene Deklaration der französischen Regierung hat folgenden Wortlaut: Mit der Note vom 17. Januar hat der Minister des Auswärtigen erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Maßnahmen, die von der französischen und belgischen Regierung unter Mitwirkung der italienischen Regierung getroffen worden sind, um Deutschland zur Lieferung der Frankreich geschuldeten Kohle zu veranlassen, keineswegs den Charakter eines militärischen Unternehmens tragen. Diese Maßnahmen sind auf Grund der durch die Reparationskommission festgestellten Verhältnisse Deutschlands bei der Ausführung des Reparationsprogramms ergriffen worden, soweit sie die Lieferung von Holz und Kohle an Frankreich betreffen.

Wie bereits in der Note vom 17. Januar mitgeteilt wurde, hat die Haltung, die die Industriellen des Ruhrgebietes auf Grund der Anweisungen der Reichsregierung eingenommen haben, die autorisierten Behörden namentlich in die Unmöglichkeit versetzt, auf gültigem Wege vorzugehen, und sie vielmehr gezwungen, die zu liefernde Kohle zu rekurrieren und notwendige Umleitungen im Kohlentransport vorzunehmen. Ruchst hat die deutsche Regierung den Bedenken geäußert, daß die von ihnen auf Reparationskonto gelieferte Kohle von der Regierung nicht bezahlt werden würde. Nachdem der Leiter der Ingenieurmission bekanntgegeben hatte, daß die autorisierten Regierungen bereit wären, diese Kohle unmittelbar zu bezahlen, verbot die deutsche Regierung den Kohlenbesitzern sofort, Lieferungen gegen Bezahlung durchzuführen.

Seit diesem Zeitpunkt ist die Obstruktion der deutschen Regierung dauernd geworden. Die Reparationskommission hat am 16. Januar Vermittlung hinsichtlich der Kohle wie des Viehes, sowohl bezüglich der Reparations- wie der Destitutionsleistungen, feststellen müssen. Sie hat am 22. Januar der deutschen Regierung eine Feststellung der Generalversammlung Deutschlands in seinen Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien mitgeteilt.

Schließlich gefährdet die deutsche Regierung durch die ihr erteilten Instruktionen und durch die Erregung, die sie unaufrichtig unter die Eisenbahn, Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten sowohl an der Ruhr als auch auf dem linken Rheinufer trägt, die geregelte Ausbeutung der Minen und Steinen an der Ruhr.

Unter diesen Umständen und angesichts der durch die Reparationskommission festgestellten Generalversammlung fest die französische Regierung, die sich dabei auf § 18 Anhang 2 Teil 8 des Vertrages von Versailles stützt, die deutsche Regierung davon in Kenntnis, daß vom 1. Februar an keine Verladung von Kohle und Holz aus dem besetzten Gebiet nach dem übrigen Deutschland mehr stattfinden wird. Alle diese Maßnahmen werden vorbehaltlich neuer notwendig werdender Sanktionen getroffen.

Weigerung

Düsseldorf, 1. Februar. General Degoutte hat dem Regierungspräsidenten Gröninger einen Befehl zur Weigerung an die ihm unterstellten deutschen Behörden gegeben. In dem es heißt: Auf Befehl der französischen und der belgischen Regierung ist die Ausfuhr von Holz und Kohle aus dem besetzten Ruhrgebiet ins unbesetzte Deutschland vom 1. Februar an verboten. Die Ein- und Ausfuhr von allen anderen Waren bleibt bis auf weiteres frei. Der Regierungspräsident Gröninger hat darauf dem General Degoutte geantwortet: Ich werde die Anordnungen betreffend die Ausfuhr von Holz und Kohle nicht weitergeben, da die deutsche Regierung den Einbruch des französischen und des belgischen Heeres ins Ruhrgebiet als einen Vertragsbruch ansieht, und die deutschen Behörden angewiesen sind, keinerlei Anordnungen der Besatzungsbefehlshaber auszuführen, die sich als Folge dieses Einbruchs darstellen. Ich würde meine Pflicht als deutscher Beamter verletzen, wenn ich eine solche Anordnung zur Kenntnis der mit unterstellten Behörden bringen würde.

Abwehrmaßnahmen

Essen, 1. Februar. Ueber die Form der Abwehr gegenüber der französischen Maßnahme der Kohlenblockade Deutschlands teilt W. L. W. offiziell folgendes mit:

Es kann angenommen werden, daß die Franzosen verstanden werden, von den etwa 80 000 beladenen Kohlenwagen, die sich zur Zeit im Ruhrgebiet befinden, einen Teil nach Frankreich zu schaffen, und zwar sollen die beiden im Ruhrgebiet militärisierten Strecken, die Ruhrthalbahn und die Strecke Düsseldorf-Duisburg-Oberhausen-Lünen dienen. Die Kohlenzüge sollen dann über die militärisierten Strecken des alten besetzten Gebietes, über Aachen, Trier, Euphrat, Düren, Aachen abtransportiert werden. Bisher ist es den Franzosen möglich sein wird, die widerrechtlich sich angeeigneten Kohlen aus dem Ruhrgebiet und dem alten besetzten Gebiet herauszubringen, muß abgewart werden. Die Erlasse des Reichsverkehrsministeriums haben die Eisenbahnen über die geeigneten Abwehrmaßnahmen unterrichtet. Am Ruhrgebiet selbst herrscht das Bestreben, die Wirtschaft soweit irgendmöglich zu erhalten, da ein deutsches Interesse an der geordneten Fortführung der wirtschaftlichen Betriebe im Ruhrgebiet unbedingt besteht. Für diesen Zweck werden auch die geordneten Kohlenverwendung finden. Sollten von französischer Seite Veruche unternommen werden, geförder Kohle für die Zwecke Frankreichs zu verwenden, so werde die Barabreite der Kohlenverteilung geschlossen werden. Die für diesen Fall vorgesehenen Maßnahmen werden äußerlich vollkommen ruhig und planmäßig durchgeführt werden, und bei jeder Maßnahme wird sorgfältig geprüft werden, ob sie den Interessen des deutschen Volkes zu dienen geeignet ist und die französischen Ansichten wirksam von Schwächen bringen

lann. Nach wie vor steht den wachsenden französischen Gewaltmethoden die gesamte Ruhrbevölkerung ruhig, geschlossen und abwehrbereit gegenüber.

Ausführung der Sperre — Verkehrsstörungen

Dortmund, 1. Februar. Die Franzosen haben zwölf Kontrollstationen errichtet, die alle vom Ruhrgebiet nach dem übrigen Deutschland führenden Linien überwachen, und zwar im Süden, Osten und Norden. Von diesen Kontrollstellen sind gegenwärtig nur zwei, die in Höhe von Wraffel, in Betrieb, da die anderen Linien stillliegen. Auch die nach den von den Engländern besetzten Gebiet liegenden Stationen sind mit Kontrollstellen besetzt; nur die Strecken nach dem von Franzosen und Belgiern besetzten Gebiet sind frei.

Essen, 2. Februar. Die an der Grenze des Ruhrgebietes von den Franzosen und Belgiern eingerichtete Kohlen Sperre hat bereits große Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. Der Eingriff in den Verkehr kann in drei bis vier Tagen zu einer vollständigen Einstellung des Verkehrs durch Verküppfungen führen. Dann muß die Lebensmittelversorgung durch andere Verkehrsmittel erfolgen.

Münster, 2. Februar. Seit heute morgen 6 Uhr ist der Kohlentransport aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet eingestellt. Ein ungenügender Verkehr durch die Bahnstation Drenth in Richtung Schwerte fahrender Kohlenzug wurde von französischen Soldaten beschossen.

Seit dem Tage der Besetzung sind insgesamt nur 28 000 Tonnen Kohlen nach Frankreich und Belgien gegangen.

Nach Meldungen aus Duisburg haben die Franzosen auch die Brückensperren an dem sowohl über die Höfen als über Ruhr und Rhein beschlagnahmt.

Weitere Meldungen

Mainz, 1. Februar. Die von den zu Geldstrafen verurteilten Inhabern des Ruhrgebietes beim Revisionssenat beantragte Revision der französischen Rheinarmee gegen das Urteil des Kriegsgerichts eingeleitete Revision ist verworfen worden.

München, 31. Januar. Am bayerischen Landesministerium fand eine Sitzung statt, an der etwa 20 führende Persönlichkeiten der bayerischen Wirtschaft teilnahmen und in der die Frage der Kohlenversorgung der bayerischen Industrie zur Sprache kam. Dabei wurde mitgeteilt, daß die bayerische Industrie für etwa drei bis vier Monate mit Kohlen versorgt ist.

Köln, 1. Februar. Die gesamte Kölner Presse ist von der Rheinlandkommission ohne Angabe von Gründen auf drei Tage verboten worden.

Die Blätter melden aus Vöcklabruck: In Weitmar schlug ein französischer Offizier einem deutschen Polizeibeamten ins Gesicht, als dieser dem Offizier den Gruch verweigerte. Aus dem gleichen Anlaß wurde ein anderer Polizeibeamter von einem Offizier der Besatzungsarmee mit der Reitpeitsche geschlagen und verhaftet. In der Polizeibeamtenschaft haben diese Vorfälle äußerste Erregung hervorgerufen.

Königsberg, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Weiter oben kam es hier zu nationalistischen Ausschreitungen. Eine große Menschenmenge zog in den Abendstunden vor die verschlossenen Hotels, in denen die Mitglieder der internationalen Kontrollkommission untergebracht sind, und verlangte den Abzug der französischen Offiziere. Mehrfach wurde von der jöhenden Menge der Versuch gemacht, einzudringen. Dieses Vorhaben konnte die Schutzpolizei verhindern. Die Menge zog dann zum polnischen Konsulat, dessen Schild abgerissen wurde, und zur Wohnung des polnischen Generalkonsuls. Auch hier verhinderte die Schutzpolizei weitere Ausschreitungen. Diese Kundgebungen der rechtsstehenden Kreise begannen heute nachmittags von neuem, so daß einschränkende Maßnahmen erlassen wurden.

Poincaré steigt auch in der Kammer

Paris, 1. Februar. Die Kammer hat am Schluß der heutigen Sitzung auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincaré mit 485 gegen 81 Stimmen beschlossen, die Erörterung der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung, die morgen stattfinden sollte, zu vertagen, damit die Regierung, wie sich Poincaré ausdrückte, in Ruhe ihre friedliche Aktion zur Erlangung von Reparationszahlungen fortsetzen könne.

Internationale Rundgebungen

Brüssel, 1. Februar. Die Zeitung der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei appellierte an Branting, die Frage der Ruhrbesetzung auf der Tagung des Völkerverbundes zur Sprache zu bringen. — In Schweden protestierte eine von der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens einberufene große Volksversammlung von über 2000 Personen gegen das im Ruhrgebiet eingeführte Militärrégime und verlangte eine den Frieden und die Reparationen sichernde konsultative Politik unter den Aufsicht des Völkerverbundes.

Paris, 1. Februar. Louis Echo de Paris wird Branting die Frage der Besetzung des Ruhrgebietes vor den Völkerverbund bringen.

Japanische Gewerkschaften protestieren

Hamburg, 31. Januar. (W. L. W.) Nach einem hier eingetroffenen Kabeltelegramm aus Tokio haben im 27. Januar die Delegationen von mehr als 80 japanischen Gewerkschaften versucht, vor der französischen Botschaft in Tokio gegen die Besetzung des Ruhrgebietes zu demonstrieren. Die Anwesenheiten wurden von der Polizei gestoppt.

Der Schwab von Leipzig

Wenn die Kommunisten die Parlamente als „Schwab“ bezeichnen, so müßten sie mindestens ebenso sehr vor ihren eigenen Parteitag abzurufen. Gestern ging der Leipziger Reichstagskongress der deutschen Moskauer zu Ende. Während der fünf Verhandlungstage wurde reichlich viel Schwab produziert; das positive politische Ergebnis ist gleich Null. Das einzige Resultat, mit dem die Delegierten nach Hause gingen, bleibt die Annahme der von der Zentrale vorgelegten Leitsätze über die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung.

Um diese Leitsätze drehten sich die breiten Debatten des Parteitages. Die Zentrale will ihre Agitation einstellen auf die Forderung der Einheitsfront mit der übrigen Arbeiterpartei und die Bildung von Arbeiterregierungen; die Opposition wollte nichts davon wissen. Das Kräfteverhältnis zwischen den zwei Flügeln der K. P. D. zeigte sich bei der Abstimmung: Die Leitsätze der Zentrale wurden mit 119 gegen 50 Stimmen angenommen. Die Debatte bewies wieder einmal, mit welcher Unklarheit die Kommunisten den Parolen gegenüberstehen, die sie der Arbeiterpartei als starkes Abwehrmittel anpreisen möchten. Während Brandler und Clara Zetkin für die Parole „Arbeiterregierung“ eintraten, wandte sich die Opposition dagegen und will von einer Regierungsverantwortlichkeit überhaupt nichts wissen. Eine Berliner Delegierte namens Ruff beschränkte die Arbeiterregierung als ein Hindernis zwischen Mensch und Affe. Clara Zetkin dagegen warf dem linken Flügel vor, daß er vom Marxismus nichts verstehe. Zwischen diesem anmutigen Geplausch ging der Streit um die Auslegung der Beschlüsse des verlassenen Moskauer Kongresses. Ein Delegierter warf den Radikalen vor, sie hätten „die Offensivtheorie“ noch nicht aufgegeben und nicht begriffen, daß vom dritten Moskauer Kongress an erst der „Defensivkampf“ beginne“. Ein Comburger betonte, daß die 21 Bedingungen der Dritten Internationale zu diesem Klassenkampf verpflichteten. Man habe das in Moskau unterschrieben müssen, weil in der französischen, der tschecho-slowakischen und der norwegischen Partei sich tatsächlich Rechtstendenzen breit machten.“

Schon aus den hier angeführten Beispielen erhellt, wie es mit der Einheit der dritten Internationale, wie es mit der Klarheit, die die Kommunisten in Dingen des Klassenkampfes dauernd bei andern vermissen, im Lager der Moskauer befestigt ist. Brandler, der sich als Referent gegen die Befürworter des Gedankens der Arbeiterregierung wandte, sah sich genötigt, den Unsinn der These des Kampfes um jeden Preis“, auch des ausschließlichen Kampfes, zu beweisen. Das heißt, ein starker Flügel in der K. P. D. verlangt den Kampf nicht etwa als ein Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck schlechthin. Aus dieser Gemütsverfassung kommunistischer Geister ist auch ihr neuestes Schicksalsstück, die Ministerkürzerlei im Landtage, zu verstehen, Laftachen, Wirklichkeiten, reale Machtverhältnisse spielen für diese Heiden des radikalen Draufloschwabens keine Rolle, denn auch Leute wie Brandler, Clara Zetkin und andre Apostel der „Arbeiterregierung“ — wie sie die Zentrale aufzufaßt! — sind ja nur einen kaum merklichen Schein heller als die auf dem linken Flügel. Das „Organ der kommunistischen Partei für Westfalen“ bringt einen Aufruf, unterschneidet vom Parteitag und vom Landesvorstand der K. P. D., in dem es nach der läppischen Behauptung: „Die sächsische Regierung hat mit Gumo die Einheitsfront hergestellt“, weiter unten heißt:

Die sozialdemokratische Regierung hat das Vertrauen der Arbeiterpartei in unerhöhrter Weise mißbraucht. Sie hat sich zur Schutzherrin der Faschisten gemacht...

In der Stunde der höchsten Gefahr, am Tage vor dem Sonderkongress der Faschisten in München, hat die kommunistische Partei die sozialdemokratische Regierung und die sozialdemokratische Partei aufgefodert, ernste Maßnahmen gemeinsam mit den Kommunisten zu treffen. Die einzige Lösung der Krise und der einzige Schutz gegen den Faschismus sind die Waffen in den Händen der Arbeiter. Der bürgerlichen Gewalt muß die proletarische Gewalt entgegengestellt werden.

Dieselben kommunistischen Führer, die von ihren linksradikalen Kritikern auf dem Parteitag mehr Miß für die Wirklichkeit verlangten, huldigen einer Demagogie, von der die äußersten und ecklichsten Radikalismus beinahe angenehm abstecken. Clara Zetkin und Paul Wötker, die diesen Aufruf zeichnen, wissen recht gut, daß es weder nach den Bestimmungen der Reichsverfassung noch nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages dem Reich oder einem Einzelstaat möglich ist, die Bewaffnung der Arbeiterpartei im Sinne dieses Aufrufs durchzuführen. Sie, die vorgeben, mit solchen Maßnahmen faschistische Ueberrumpelungen verhindern zu wollen, wissen auch ganz genau, daß die einseitige Bewaffnung eines Teiles der Zivilbevölkerung durch eine dem Parlament verantwortliche Regierung den Bürgerkrieg in unmittelbare Nähe rückt. Vom Eingreifen der Entente ganz abgesehen.

Weitere Betrachtungen über den kommunistischen Parteitag und seine Parolen erübrigen sich. Wir wollten mit den angeführten Beispielen nur wieder einmal illustrieren, von welcher politischen Unreife, von welcher Struppellosigkeit in der K. P. D. das ist, was sich Redner und Führer nennt.